

MÄRZ 2013

Deutsche Feuerwehr-Zeitung



Offizielles Organ des Deutschen Feuerwehrverbandes | Reinhardtstraße 25 | 10117 Berlin
Kontakt über: Telefon 030.288848800 | Fax 030.288848809 | info@dfv.org | www.feuerwehrverband.de

Feuerwehrverband begrüßt Gesetz fürs Ehrenamt



Ausbilder – hier in der Atemschutzübungsstrecke – und Betreuer in der Jugendfeuerwehr profitieren von der Anhebung der steuerfreien Übungsleiterpauschale. (Symbolfoto: sda)

Die steuerfreie Übungsleiterpauschale steigt auf jährlich 2 400 Euro. Diese Anhebung um 300 Euro hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen, außerdem eine Erhöhung der Ehrenamts-pauschale auf 720 Euro. »Für viele Ehrenamtliche ist das eine echte Bürokratien-

lastung und damit Anerkennung im besten Sinne. Wir begrüßen diese Initiative sehr«, sagte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger.

»Von der Übungsleiterpauschale profitieren Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehren sowie Ausbilderinnen und Ausbilder der Freiwilligen Feuerweh-

ren. Jetzt vertrauen wir darauf, dass auch der Freibetrag für Führungskräfte, Gerätewarte und andere Funktionsträger angepasst wird«, betonte Feuerwehr-Präsident Kröger. Das soll durch Rechtsverordnung des Bundesfinanzministeriums geschehen und wurde in der Bundestagsdebatte von der Koalition in Aussicht gestellt.

»Die Unterstützung aus dem Bundestag, dass die Erhöhung der Übungsleiterpauschale durch eine Initiative des Ministeriums in Zukunft auch den zahlreichen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren zu Gute kommt, ist ein starkes Bekenntnis zu unserer Tätigkeit. In der Debatte wurde deutlich, dass das Engagement in den Feuerwehren quer durch die Fraktionen geschätzt wird. Auch der Einsatz des DFV für seine Mitglieder ist auf offene Ohren gestoßen«, sagte Kröger.

Dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes muss der Bundesrat noch zustimmen. Es soll rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten und sieht eine Reihe von Verbesserungen auch für die Arbeit von Vereinen und Stiftungen vor. (sö)

HINTERGRUND: AUFWANDSENTSCHÄDIGUNGEN UND FREIBETRÄGE

- Die Übungsleiterpauschale nach § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz (EStG) sieht einen Freibetrag für »Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, aus nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeiten oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen« von derzeit 2 100 Euro jährlich vor. Er wird auf 2 400 Euro angehoben.
- Die Ehrenamts-pauschale nach § 3 Nr. 26a EStG sieht einen Freibetrag für Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten bei gemeinnützigen Körperschaften bis zur Höhe von insgesamt 500 Euro im Jahr vor. Er wird auf 720 Euro angehoben.
- Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen sind nach § 3 Nr. 12 EStG erfasst als »Bezüge, die als Aufwandsentschädigung aus öffentlichen Kassen an öffentliche Dienste leistende Personen gezahlt werden, soweit nicht festgestellt wird, dass sie für Verdienstauffall oder Zeitverlust gewährt werden oder den Aufwand, der dem Empfänger erwächst, offenbar übersteigen«. Laut Lohnsteuer-Richtlinien wird ohne weitere Nachweise ein monatlicher Betrag von 175 Euro anerkannt. Er entspricht damit bisher der Höhe der Übungsleiterpauschale und kann von Führungskräften, Gerätewarten oder anderen Empfängern von Aufwandsentschädigungen in den Freiwilligen Feuerwehren in Anspruch genommen werden. (sö)

AUSSCHREIBUNG FÜR 81 SCHLAUCHWAGEN

Das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern hat im Rahmen des bekannten Beschaffungsprogramms jetzt einen weiteren Meilenstein gesetzt: Am 22. Januar 2013 wurden 81 Schlauchwagen (mit der Option für ca. 38 weitere Fahrzeuge) mit einem geschätzten Auftragsvolumen in Höhe von 11,5 Millionen Euro ausgeschrieben. Die vollständige Ausschreibung steht im Internet zur Verfügung unter www.evergabe-online.de.

Die sukzessive Modernisierung der Komponente Brandschutz im Zivilschutz nach der erfolgreichen Neukonzeption und auf Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung ist ein zentrales Anliegen des DFV. Zuletzt hat Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich bei der DFV-Delegiertenversammlung im Oktober 2011 versprochen, dass der Bund seine gegebenen Zusagen bei der Ausstattung mit Fahrzeugen einhält. (sda)

DJF-TAG MIT ZELTLAGER

Jetzt vormerken und anmelden: Vom 5. bis 8. September 2013 findet in Stadthagen (Niedersachsen) der Deutsche Jugendfeuerwehrtag statt. Auf dem Programm stehen unter anderem ein großes Zeltlager und eine spannende Aktionsmeile. Programm und Anmeldung gibt es im Internet unter www.jugendfeuerwehr.de. (sda)

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet vom 10. bis 21. September 2013 statt. Folgende Thementage sind geplant: Unternehmensengagement im Bereich »Partnerschaften« am 12. September, Rahmenbedingungen für Engagement am 16. September sowie Partizipation und Bürgerbeteiligung am 19. September. Einzelinitiativen, Verbände, Institutionen und Unternehmen sind eingeladen, ihre Aktivitäten zu den Thementagen zu präsentieren. Mehr Infos: www.engagement-macht-stark.de. (sda)

»Wir müssen alle Werkzeuge nutzen«



Beigeordneter Detlef Raphael (Deutscher Städtetag, v. l.), Leitender Branddirektor Jochen Stein (neuer Vorsitzender der AGBF-Bund) und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger stimmten gemeinsame Tätigkeitsfelder ab. (Foto: S. Jacobs)

Auch unter dem neuen Vorsitzenden der AGBF-Bund wollen der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland (AGBF-Bund) weiterhin eine enge Zusammenarbeit pflegen. Aktueller Fall ist das Gesetz für Notfallsanitäter, bei dem beide Organisationen die Interessen der Feuerwehren gemeinsam vertreten, zuletzt bei einer Bundestagsanhörung (siehe Bericht auf Seite C). »Wir werden uns auch künftig die Bälle zuspielen«, sagte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger im Gespräch mit dem neuen AGBF-Vorsitzenden Jochen Stein (Bonn).

Das weitere Vorgehen im Gesetzgebungsverfahren »Notfallsanitäter« sowie mögliche Auswirkungen auf die Einsatzmöglichkeiten von Feuerwehrangehörigen, auf den Bestand von Ausbildungseinrichtungen und das integrierte Hilfeleistungssystem Feuerwehr wurden in einem Gespräch mit dem Beigeordneten Detlef Raphael und dem Hauptreferenten Norbert Kronenberg vom Deutschen Städtetag erörtert. Besonderes Augenmerk wollen die Gesprächspartner darauf legen, dass die Länder bei der Befassung im Bundesrat die Interessen der Kommunen wahren.

Sehr ausführlich tauschten sich DFV und Städtetag zur Herausforderung der Nachwuchsgewinnung im Haupt- und Ehrenamt aus. »Wir müssen die gesamte Werkzeugkiste nutzen«, betonte DFV-Präsident Kröger. Dazu zählten bei den Freiwilligen Feuerwehren Kindergruppen, gezielte Wer-

bung um Seiteneinsteiger und Gewinnung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund, um dem erfolgreichen Beispiel bei Frauen zu folgen. Auch Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte gehöre im Einzelfall dazu. Seitens des Städtetages bestand besonderes Interesse an den Potenzialen der Jugendarbeit in Ganztagschulen oder verwandten Angeboten wie Wahlpflichtfächern oder der Selbsthilfeschulung. Denn: Der Druck des Arbeitsmarktes wird sich zunehmend auch auf die Berufsfeuerwehren auswirken.

Zum Gesprächsfeld Katastrophenschutz verwies DFV-Präsident Kröger auf die kontinuierlichen Aktivitäten des Verbandes für Fahrzeugbeschaffungen des Bundes. Nach Abschluss der Auslieferung von 195 LF-KatS hat der Bund aktuell die 81 Schlauchwagen SW-KatS neu ausgeschrieben (siehe Meldung links). Gemeinsam wollen Städtetag und DFV die Entwicklung der Haushaltsmittel für die Fortführung des Programms aufmerksam beobachten. Auch über die Aufstellung von Einsatzmodulen für die Europäische Union oder ein bei der AGBF angedachtes Führungs- und Unterstützungsgremium wurden die Einschätzungen ausgetauscht. Handlungsbedarf mahnte Beigeordneter Raphael an, um die Notfallpläne und mögliche Schadensszenarien der Versorgungsunternehmen und der Feuerwehren systematisch aufeinander abzugleichen. Dies ist eines der nächsten Themen, das im Schulterschluss angegangen werden soll. (sö)

Notfallsanitäter-Ausbildung: Praxisbezug erhalten

»Praktische Kompetenz muss auch weiterhin in der Ausbildung vorherrschen!«, hat DFV-Experte Dr. Jörg Schmidt bei der Anhörung zur Novellierung des Notfallsanitätergesetzes im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages erklärt.

Dr. Schmidt (Feuerwehr Köln, für die AGBF-Bund), der bei den deutschen Berufsfeuerwehren für den Rettungsdienst verantwortlich ist, war gemeinsam mit DFV-Vizepräsident Ludwig Geiger und Thomas Lembeck (Feuerwehr Essen, für die AGBF-Bund) eingeladen worden, um im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz über Notfallsanitäter die Position der Feuerwehren darzustellen. Diese Ausbildung soll künftig den Rettungsassistenten ablösen. Die deutschen Feuerwehren begrüßen prinzipiell die langersehnten Grundaussagen zu den Aufgaben des Notfallsanitäters und das Ziel der höheren Qualifizierung des Berufsbildes.

Der Praxisbezug in der Ausbildung ist jedoch ein zentraler Punkt der grundlegenden Stellungnahme des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF): Im bisherigen Gesetzesentwurf ist eine Akademisierung der Ausbilder vorgesehen. »Bis zur validierten Etablierung akademisierter Ausbildungsqualifikationen sind Lehrkräfte mit Notfallsanitäter-Beruf,

Arbeits- und Einsatz Erfahrung sowie einer Pädagogik-Fortbildung sachgerechter und geeigneter«, erläuterte Schmidt im Plenum. Die Eignung als Ausbilder müsse ähnlich wie bei der Meisterausbildung im Handwerk aus den Fachaufgaben im Ausbildungsziel abgeleitet werden.

»Doppelausbildung vermeiden«

Wichtig ist für die Feuerwehren auch, dass Doppelausbildungen vermieden werden: Bereits absolvierte, identische Inhalte aus der Rettungsanitäter- oder Rettungsassistentenausbildung müssen bundesweit einheitlich anerkannt werden. »Eine offene Regelung würde hier zu uneinheitlichen Verfahren im Bundesgebiet führen – je nachdem, ob die Länder eine Regelung treffen oder es im kommunalen Ermessen belassen«, warnte Dr. Schmidt, der auch den Arbeitskreis Rettungsdienst in der AGBF leitet. Im Rahmen der Expertenanhörung schloss sich der Vertreter der Gewerkschaft kombi der DFV-Auffassung an.

»Es ist wichtig, dass der Deutsche Feuerwehrverband bei derartigen Anhörungen als Fachverband kompetent vertreten ist. So können wir die Belange der Feuerwehren im Rettungsdienst in den politischen Entscheidungsprozess einbringen«, erklärte DFV-Vizepräsident Ludwig Geiger. Die deutschen Kommunen und ihre Feuerweh-



Dr. Jörg Schmidt (Mitte, Feuerwehr Köln), DFV-Vizepräsident Ludwig Geiger (links) und Thomas Lembeck (Feuerwehr Essen) vertreten die deutschen Feuerwehren bei der Expertenanhörung zum Gesetz zum Notfallsanitäter im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages. (Foto: C.-M. Pix)

ren beschäftigen mehr als 16 000 Rettungsassistenten (40 Prozent der Berufsgruppe) und bilden an mehr als 27 Rettungsassistentenschulen fast 1 000 Rettungsassistenten pro Jahr aus. Damit sind die deutschen Kommunen und ihre Feuerwehren seit mehr als 110 Jahren eine der Hauptsäulen des Rettungsdienstes in Deutschland.

Weitere Informationen zur Debatte sowie die gemeinsame Position gibt es im Internet: www.feuerwehrverband.de/novelle-berufsbild-rettd.html. (sda)

Zwei Regionalkonferenzen zum Integrationsprojekt

»Miteinander reden!« – so lautet der Titel des aktuellen DFV-Integrationsprojektes. Um in den Interkulturellen Dialog zu kommen, organisiert der Verband zwei Regionalkonferenzen für Feuerwehrangehörigen mit Migrationshintergrund beziehungsweise Interesse am Thema. Zunächst ist die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz in Koblenz vom 3. bis 5. Mai Veranstaltungsort. Die zweite Konferenz findet vom 27. bis 29. September an der Hessischen Landesfeuerwehrschule in Kassel statt.

Die Anreise der Teilnehmenden erfolgt am Freitag. Der Samstag ist der Feuerwehrpraxis gewidmet: Hier sind vor- und nach-



mittags Workshops zur Technischen Hilfeleistung, Planübung sowie Brandschutzerziehung und -aufklärung für Menschen mit Migrationshintergrund geplant. Abends stehen die Projektvorstellung und der Erfahrungsaustausch auf dem Programm. Am

Sonntag finden dann praxisorientierte Workshops zu Themen des Interkulturellen Dialogs statt – unter anderem zu Schulungsmodulen, erarbeiteten Materialien zum Thema und Beispielen guter Praxis vor Ort.

Für die Teilnehmenden entstehen keine Tagungs- und Übernachtungskosten; sie müssen lediglich die An- und Abreise übernehmen. Weitere Informationen zum Projekt, zu den Regionalkonferenzen, das Anmeldeformular sowie zum Projekt gibt es im Internet unter www.feuerwehrverband.de/miteinander. Das Integrationsprojekt wird kofinanziert durch den Europäischen Integrationsfonds. (sda)

BUNDESWEITER GIRLS'DAY

Am 25. April 2013 findet der Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag statt. Feuerwehren, die ihre Tore einen Tag lang speziell für Schülerinnen ab Klasse 5 öffnen, können ihr Veranstaltungsangebot unter www.girls-day.de kostenlos eintragen. Der Girls'Day ist häufig der erste Zugang für Mädchen zu handwerklich-technischen Berufen. 27 Prozent der Unternehmen, die am Girls'Day teilgenommen haben, erhalten später Bewerbungen von Teilnehmerinnen. 60 Prozent von ihnen stellen diese Bewerberinnen ein. Kostenloses Infomaterial online: www.girls-day.de/materialbestellung. (sda)

VDMA STARTET UMFRAGE FÜR BESCHAFFER

Zum jährlichen Austausch in Berlin ist der Vorstand des VDMA Feuerwehrentechnik diesmal zu Gast beim DFV gewesen. Präsident Hans-Peter Kröger (Mitte) begrüßte den Verbandsvorsitzenden Matthias Hausmann (Josef Lentner GmbH, 2. v. l.), die Vorstände Oliver Callies (Callies Brandbekämpfungssysteme, 4. v. l.) und



Martin Zaindl (MAN, re.) sowie Geschäftsführer Dr. Bernd Scherer. Gesprächsthemen waren unter anderem die rückläufige Mitgliederentwicklung von Feuerwehren und deren Auswirkung auf die örtlichen Strukturen, die Fahrzeugbeschaffungen des Bundes für den Zivilschutz und die Länderregelungen zur Einführung von Euro VI. Der VDMA als Verband der Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten bittet alle feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten und Kämmerer um Mitwirkung an seiner dritten Investitionsumfrage, die noch bis zum 8. März läuft. Informationen unter gerd.wiesendorfer@vdma.org. (sö)

Sonderausstellung zu Albert Bürger

Albert Bürger, geboren 1913, wurde 1952 zum ersten Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes nach dem Zweiten Weltkrieg gewählt. Bis 1981 leitete er in dieser Funktion nicht nur das Verbandsgeschehen, sondern prägte auch das Nachkriegsschicksal der deutschen Feuerwehren auf dem Gebiet der Bundesrepublik entscheidend. Anlässlich Bürgers 100. Geburtstages hat Rolf Schamberger, Leiter des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda, eine Sonderausstellung zu der baden-württembergischen Verbandslegende konzipiert.

»Die Generation der Feuerwehrangehörigen, die Albert Bürger als Präsidenten erlebten, wird in der Ausstellung in Erinnerungen schwelgen und ihre eigene aktive Zeit in die nächsten Generationen lebendig weitertragen können«, wirbt Museumsleiter Schamberger. Die Ausstellung verbindet Exponate aus dem Leitmuseum der deutschen Feuerwehren mit Stationen im Wirken des 1996 verstorbenen Albert Bürgers. Weitere Informationen zum Museum gibt es online unter www.dfm-fulda.de. (sda/Grafik: DFM)

100 JAHRE ALBERT BÜRGER

ANNÄHERUNG AN EINE LEGENDE

ES SIND NAMEN WIE THEODOR HEUSS, KONRAD ADENAUER (ABB.), WALTER SCHEEL ODER WILLY BRANDT, UM NUR VIER DER ZAHLREICHEN STAATSMÄNNER ZU NENNEN, DENEN ALBERT BÜRGER ANSPRECHPARTNER FÜR DIE ENTWICKLUNG DER BUNDESDEUTSCHEN FEUERWEHREN WAR. IM JAHR 2013 HÄTTE ER SEINEN 100. GEBURTSTAG GEFEIERT.



DJF-Vielfaltsprojekt: Auftaktveranstaltung

Die Jugendlichen in den Jugendfeuerwehren gehören verschiedenen Jugendkulturen an und entstammen unterschiedlichen Elternhäusern. Mit dieser bunten Mischung gehen Jugendfeuerwehrwarte und Betreuende um. Sie bieten ihnen eine attraktive, helfende und sinnvolle Freizeitgestaltung. Durch das gemeinsame Hobby und Ehrenamt lassen sich Jugendliche auf Ältere ein, tauschen sich aus und nehmen Rat von Betreuern in der Phase des Erwachsenwerdens an.

Mit dem neuen Vielfaltsprojekt »Im Tandem in die bunte, vielfältige Jugendfeuerwehr-Welt« will die Deutsche Jugendfeuerwehr helfen, diese Begleitung weiter zu verbessern und gemeinsam auf Grenzen und Chancen bei der Begleitung von Jugendlichen in der Jugendfeuerwehrarbeit einzugehen.

Den offiziellen Start bildet die Auftaktveranstaltung vom 31. Mai bis 2. Juni 2013 in Frankfurt am Main. Im Mittelpunkt des Auftakts stehen Workshops für interessier-

te Jugendwarte und Betreuer zu den Themen Erlebnispädagogik und Vielfalt, Mentoring – wie geht das? (Rollen, Aufgaben und Grenzen im Mentoring), Jugendkulturen und Lebenswelten junger Menschen, Interkulturelle Kompetenzen und Öffnung der Jugendverbandsarbeit sowie »Diversitätsbewusste Jugendbildungsarbeit – Diskriminierungen wahrnehmen und verhindern, aber wie?«

Ziel ist es, die Teilnehmenden für das Projekt zu gewinnen und in die zukünftige Ausgestaltung des Projekts (zum Beispiel als Mentor) einzubinden. Die Veranstaltung ist aufgrund einer Förderung der Motorola Solution Foundation für die Teilnehmenden kostenfrei. Unterkunft und Verpflegung werden gestellt; Reisekosten können auf Antrag bis 80 Euro erstattet werden.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung bei: Uwe Danker, E-Mail: danker@jugendfeuerwehr.de, Telefon 030.288848813, www.jugendfeuerwehr.de. (ud/sda)